

MA(c)H(t)MUT

AKTUELLES AUS
DUISBURG & BERLIN

SPD

Nr.08 | FEBRUAR 2017

MAHMUT ÖZDEMİR
SPD BUNDESTAGSABGEORDNETER



- **Grußwort des Herausgebers** Seite 2
- **Gute Pflege – jetzt und für die Zukunft!** Seite 3
- **Ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen** Seite 4
- **Reform des Sexualstrafrechts – richtig und längst überfällig!** Seite 6
- **Meine Woche bei Mahmut Özdemir in Berlin** Seite 7
- **Treffen mit Interessensvertretern** Seite 8
- **Namentliche Abstimmungen** Seite 9
- **Kinderrechte spielerisch erleben** Seite 14
- **Faire Besteuerung von Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwohls** Seite 15
- **Özdemir on Tour** Seite 16
- **Duisburg in Berlin - Bericht von unserer Fahrt** Seite 23

Impressum

■ V.i.S.d.P.
Mahmut Özdemir, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 73819
mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de



Liebe Leserinnen und Leser,

die Welt ist in Aufruhr. Während wir bei Nachrichten von Terroranschlägen gegen Leib und Leben bislang an fremde Länder tausende Kilometer weit weg dachten, riss uns ein LKW, der „als Waffe“ missbraucht durch den Berliner Weihnachtsmarkt fuhr, jäh aus dieser bisherigen Erkenntniswelt.

„Dieser Anschlag galt uns allen“ war dann eine beliebte Phrase. Aus dieser Phrase hat Deutschland jedoch eine Ansage gemacht und diese erfüllt mit Stolz: Freiheit mit Sicherheit - und zwar mit Augenmaß. Wir haben uns weder die Freiheit nehmen lassen, Weihnachtsmärkte zu besuchen, noch die Freiheit, das Silvesterfest mit großen Veranstaltungen zu begehen. Und so werden wir auch weiter leben. Wir sind in jeder Situation in der Lage, die Menschen im Land zu schützen - auch wenn dies ein höheres Maß an Polizeipräsenz auf der Straße bedeutet. Im Übrigen sollten wir bereit sein, uns eher für ein hartes Verhalten unserer Polizeibehörden zu rechtfertigen, als dafür, dass unsere Sicherheitsbehörden den Staatswillen gar nicht erst durchsetzen.

Dort, wo der Rechtsstaat nicht ausreichte, werden wir ihn weiterentwickeln (müssen), um eben noch „früher im Vorfeld“ gesetzlich befähigt zu sein, Maßnahmen wie Festnahmen durchführen zu können. Die Polizeigesetze in den Ländern

müssen hierfür harmonisiert werden. Aber auch im grenzenlosen Europa muss es Grenzen für Kriminalität geben. Dazu gehört ein reger Informationsaustausch.

Im Moment schlägt das Pendel eben in Richtung „mehr“ Sicherheit aus. Hierfür wird der Bundestag eine neue Balance für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung abwägen müssen. Diese Debatte werden wir zügig noch vor der Bundestagswahl im September entschlossen führen.

Neben der Debatte über die Suche nach Fehlern, Verantwortung und Veränderung dürfen wir die Opfer nicht vergessen. Ihrer zu Gedenken und in geeigneter Weise sozialstaatlich auf ihre Bedürfnisse einzugehen - dies ist eine Staatspflicht.

Im Schatten dieses Ereignisses stehen jedoch viele weitere positive Veränderungen im Land: Das neue Bundesteilhabegesetz ist in weiten Teilen in Kraft getreten. Viele behinderte Menschen können hierdurch mehr Selbstbestimmung einfordern. Das kommunale Investitionsprogramm - hochtrabend formuliert umschrieben für: Mehr Geld in die Städte und Gemeinden, die es dringend brauchen! - wird verdoppelt und wir stecken das Geld diesmal nicht nur in Beton, sondern in die Bildung und damit in die klugen Köpfe, die das Land morgen auf die Herausforderungen von übermorgen vorbereiten.

Und wo wir schon beim „Übermorgen“ sind: Das Atomzeitalter in Deutschland ist endgültig am Ende. Wenn spätestens 2022 das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet ist, gibt es eine gerechte Teilung zwischen Staat und Privatwirtschaft insbesondere für die zuverlässige und sichere Zwischen- und Endlagerung. Jetzt heißt es, den eingeschlagenen Weg von Kohle und erneuerbaren Energien besonnen weiterzugehen und auch europäisch die Atomkraft auf die politische Agenda zu nehmen und von der Landkarte zu streichen.

Es sind nicht die bequemsten Zeiten gewesen, die diese Wahlperiode für uns alle bereithielt. Dennoch waren es Herausforderungen, die mit Verantwortung und Ruhe in der politischen Debatte in Duisburg aber auch im ganzen Land gelöst worden sind. Daher möchte ich mich insbesondere hinsichtlich dieser schwierigen hinter uns liegenden Zeit bei allen Duisburgerinnen und Duisburgern für diese Besonnenheit bedanken. Ich freue mich auf ein spannendes und aufregendes Jahr 2017!

Viel Spaß bei der Lektüre dieser Ausgabe,

Glückauf



Euer Mahmut Özdemir, MdB

Gute Pflege – jetzt und für die Zukunft!

Die grundlegende Verbesserung der Pflege ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein besonderer Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode.

Gastbeitrag: Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB

Der demografische Wandel mit steigender Lebenserwartung bei niedrigen Geburtenziffern stellt die sozialen Sicherungssysteme und insbesondere die Pflegeversicherung vor große Herausforderungen. Die Gesetze zur Stärkung der Pflegeversicherung sind unbedingt notwendig, um auf die Herausforderungen zu reagieren und eine gute pflegerische Versorgung der Bevölkerung in Zukunft sicherzustellen. Wir können uns dies leisten. Die gute wirtschaftliche Lage hat das möglich gemacht. Die grundlegende Verbesserung der Pflege ist daher ein besonderer Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode.

Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz (PSG I) wurde das Leistungsspektrum der gesetzlichen Pflegeversicherung deutlich ausgeweitet. Dadurch erhalten rund 2,7 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland bereits seit dem 01.01.2015 mehr Leistungen. In der ambulanten Pflege wurden die Leistungen um rund 1,4 Milliarden Euro erhöht, für die stationäre Pflege um rund 1 Milliarde Euro. Pflegenden Angehörige werden besser entlastet, indem die Unterstützungsangebote für die

Pflege zu Hause sowie die Kurzzeit- und Verhinderungspflege ausgeweitet wurden. Mehr zusätzliche Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen erleichtern den Pflegealltag. Überdies sind Anreize für die Zahlung von Tariflöhnen gesetzt worden. Zusätzlich wurde ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet, der bei der Finanzierung der Pflegeversicherung die Generationengerechtigkeit gewährleisten wird.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz (PSG II) haben wir die umfassendste Änderung der Pflegeversicherung seit ihrer Einführung im Jahr 1995 vorgenommen, indem zum 1. Januar 2017 ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsverfahren eingeführt werden. Das heißt, die bisherigen drei Pflegestufen werden durch fünf Pflegegrade ersetzt. Damit wird der individuelle Bedarf bei Pflegebedürftigen sehr viel genauer ermittelt. An Demenz erkrankte Menschen etwa bekommen nun erstmals auch Unterstützung. Die Umstellung des Systems auf Pflegegrade wird einer individualisierten, am Menschen ausgerichteten besseren Pflege den Weg ebnen. Mit der Reform haben alle den

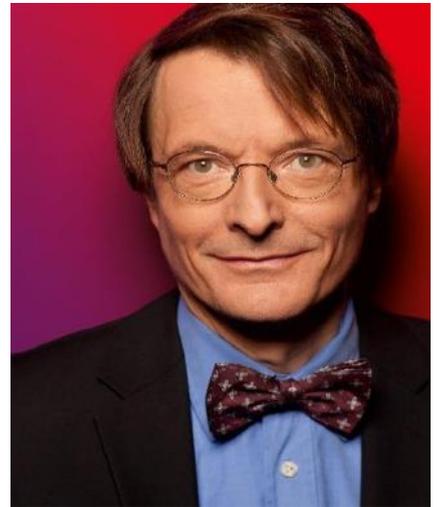


Foto: spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke)

gleichen Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Entscheidend ist lediglich, wie sehr die Selbstständigkeit tatsächlich eingeschränkt ist. Sicherergestellt ist, dass niemand

mit der Umstellung schlechter gestellt werden kann – viele aber besser. Zudem müssen Menschen, die im Heim gepflegt werden, künftig keine Steigerung des pflegebedingten Eigenanteils mehr befürchten. Erstmals gibt es auch einen eigenen Beratungsanspruch für die Angehörigen sowie eine bessere Absicherung im Rentenrecht und in der Arbeitslosenversicherung.

Das dritte Pflegestärkungsgesetz (PSG III), das im Dezember 2016 beschlossen wurde, stärkt die Rolle der Kommunen und die Pflegeberatung vor Ort deutlich, damit Hilfe auch dort ankommt, wo sie benötigt wird. Der

neue Pflegebedürftigkeitsbegriff wird auch in die Hilfe zur Pflege und im Recht der Sozialhilfe nach dem SGB XII und in das soziale Entschädigungsrecht nach dem Bundesversorgungsgesetz eingeführt. Ziel ist die Förderung des Zusammenwirkens von Bund, Ländern, Kommunen, Pflegekassen und Pflegeeinrichtungen, um Pflegebedürftigen den Verbleib in der vertrauten häuslichen Umgebung so lange es geht zu ermöglichen und ein selbstbe-

stimmtes Leben zu gewährleisten. Eingeführt werden auch verschärfte Kontrollen, um Pflegebedürftige und Angehörige sowie Pflegekräfte besser vor betrügerischen Pflegediensten zu schützen.

Diese Pflegestärkungsgesetze erweitern die Leistungen der Pflegeversicherung um über 20 Prozent - also etwa 5 Milliarden Euro pro Jahr. Erwähnt werden soll in diesem Zusammenhang auch das geplante Gesetz zur Reform der Pflegeberufe. Wir

möchten den Pflegeberuf durch die Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung deutlich attraktiver machen und mehr Menschen für dieses wichtige Berufsfeld gewinnen. Der Pflegeberuf muss aufgewertet und die Grundlage für eine moderne und durchlässige Pflegeausbildung geschaffen werden. Und geht es uns darum, so auch die Qualität der Pflege zu steigern.

Ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen

Kerstin Tack, MdB, zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages, beantwortet uns 5 Fragen zum Bundesteilhabegesetz (BTHG).

Liebe Kerstin, das BTHG war eines der größten sozialpolitischen Vorhaben dieser Legislaturperiode und war für uns als SPD-Bundestagsfraktion schon in den Koalitionsverhandlungen eine Priorität. Warum ist das Thema wichtig und betrifft nicht nur eine ganz geringe Anzahl von Menschen in Deutschland?

KT: In Deutschland leben mehr als zehn Millionen Menschen mit Behinderungen. Das ist also ein ziemlich großer Anteil der Bevölkerung. Artikel 3 unseres Grundgesetzes verbietet jegliche Benachteiligung aufgrund

einer Behinderung und im Jahr 2009 hat Deutschland außerdem die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ratifiziert. Damit haben wir uns dazu verpflichtet, zahlreiche Maßnahmen umzusetzen, um die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen herzustellen. Das bedeutet vor allem, weg von der reinen Fürsorge und hin zu mehr selbstbestimmter Teilhabe und Inklusion in allen Lebensbereichen wie Schule, Uni, Arbeit, Wohnen oder Freizeit. Darum ist es nur folgerichtig, dass wir im Koalitions-



Foto: spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke)

vertrag nahezu zwanzig Handlungsaufträge zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen vereinbart haben. Das Bundesteilhabegesetz war das größte und wichtigste Vorhaben auf diesem Weg.

Immer wieder fallen Begriffe wie Eingliederungshilfe, Personenzentrierung, Wunsch-

und Wahlrecht und Budget für Arbeit; was hat es damit auf sich?

KT: Eingliederungshilfe heißt die staatliche Unterstützungsleistung, die Menschen mit einer körperlichen, geistigen und/oder seelischen Beeinträchtigung helfen soll, behinderungsbedingte Nachteile auszugleichen, um ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Mit dem Bundesteilhabegesetz wird die Eingliederungshilfe reformiert und aus dem System der Sozialhilfe herausgeholt. Außerdem wird die Eingliederungshilfe sich zukünftig auf die Leistungen der Teilhabe konzentrieren und von den existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt. Personenzentrierung bedeutet, dass nicht die Unterstützung von Institutionen wie Wohnheimen oder Werkstätten für behinderte Menschen im Fokus stehen soll, sondern vielmehr die Person selbst mit ihrem individuellen Bedarf ins Zentrum rückt. Das Wunsch- und Wahlrecht ist eng damit verknüpft, denn es bedeutet, dass die eigenen Wünsche zählen und man das Recht hat, selbst zu wählen, ob man zum Beispiel in einer Werkstatt oder auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten will. Das Budget für Arbeit ist ein neues Instrument, das genau diese Wahlfreiheit unterstützen soll, denn es erleichtert Werkstattbeschäftigten den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt, weil es auch die Kosten für notwendige

Assistenz am Arbeitsplatz und Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber abdeckt.

Für ein solch umfangreiches Vorhaben muss der Fiskus natürlich Geld in die Hand nehmen. Wie wird die Finanzierung des Bundesteilhabegesetzes sichergestellt?

KT: Die Bundesregierung hatte in ihrem Gesetzentwurf vorgesehen, dass der Bund in den nächsten vier Jahren mit rund 700 Millionen Euro den größten Anteil in das Vorhaben steckt. Durch weitere Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren ist dieser Betrag noch einmal um 268 Millionen Euro gestiegen. Vom Bund werden vor allem die Leistungen zum Lebensunterhalt bezahlt, die bislang Teil der Eingliederungshilfe waren und nun von ihr entkoppelt werden. Dieses Geld, immerhin mehr als 400 Millionen Euro, sparen sich dadurch zukünftig die Bundesländer. Damit können sie bereits einen Großteil der Neuregelungen, die in ihre Zuständigkeit fallen, gegenfinanzieren, zum Beispiel die Kosten der verbesserten Einkommens- und Vermögensanrechnung. Das Teilhabegesetz hat aber auch zum Ziel, die Ausgabendynamik in der Eingliederungshilfe zu bremsen. Das soll vor allem durch eine bessere Steuerung, ein präziseres Vertragsrecht und gute Prävention gelingen. Es wird davon ausgegangen, dass die Kommunen so bis zum Jahr 2020 rund 100 Millionen Euro weniger Ausgaben

haben und bis 2015 sogar rund 380 Millionen Euro weniger.

Kritiker werfen mit einer Reihe von Horrorszenarien um sich: die Teilhabeleistungen würden erst greifen, wenn die persönlichen finanziellen Mittel der Betroffenen völlig ausgeschöpft seien und in manchen Konstellationen würde den Betroffenen überhaupt das Recht genommen, ihren Wohnort frei zu wählen. Treffen diese Behauptungen sachlich zu?

KT: Nein. Gerade hinsichtlich der Frage, wieviel eigenes Vermögen ein Mensch mit Behinderungen ansparen darf, bevor es auf seine Unterstützungsleistungen angerechnet wird, bringt dieses Gesetz ja deutliche Verbesserungen. Im Sinne einer inklusiven Gesellschaft muss es zwar unser Ziel sein, dass Menschen mit Behinderungen gar kein eigenes Geld dafür aufbringen müssen, gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben. Erst dann kann die Rede von einem echten Nachteilsausgleich sein. Die geplanten Verbesserungen sind als „Einstieg in den Ausstieg“ aber ein erster Schritt in die richtige Richtung. Bezüglich des Wohnens ist grundsätzlich den Wünschen der Betroffenen zu entsprechen. Dem Wohnen außerhalb von besonderen Wohnformen ist der Vorzug zu geben, wenn Betroffene dies wünschen. Davon kann nur abgewichen werden, wenn es zumutbar ist und der individuelle

Bedarf anders gedeckt werden kann.

Wann können wir mit dem Inkrafttreten des Gesetzes rechnen?

KT: Das Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes findet in

Etappen statt. Die erste war schon jetzt zum 1. Januar 2017 und bringt zum Beispiel erste Verbesserungen bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung. Der nächste Schritt wird zu Beginn des Jahres 2018

sein und die größten Neuregelungen werden im Jahr 2020 wirksam. Erst im Jahr 2023 sollen dann nach umfangreicher Prüfung neue Zugangskriterien für die Leistungen der Eingliederungshilfe eingeführt werden.

Reform des Sexualstrafrechts: Richtig und längst überfällig!

von Hannes Schneider

wissenschaftl. Mitarbeiter im Berliner Büro von Mahmut Özdemir, MdB

Die Reform des Sexualstrafrechts ist ein wichtiger Schritt, da sie Strafbarkeitslücken schließt und auf negative Entwicklungen reagiert. Zusätzlich sollte das Strafrecht auch von sinnvollen Maßnahmen außerhalb des Sanktionsrahmens flankiert werden.

Am 23.09.2016 hat das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung den Bundesrat im 2. Durchgang passiert. Das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren ist somit abgeschlossen und das Gesetz trat im November 2016 in Kraft.

So banal diese Beschreibung klingen mag – hinter ihr verbirgt sich eine große und längst überfällige Neuerung. Denn die Reform des Sexualstrafrechts nimmt sich der wichtigen Auf-

gabe an, bestehende Schutzlücken im Sexualstrafrecht zu schließen.

Zentraler Bestandteil ist die Einführung des „Nein-heißt-Nein-Prinzips“. Fortan soll eines deutlich sein: Wenn ein Opfer „Nein“ sagt, dann meint das auch „Nein“ und dieses „Nein“ kann die Strafbarkeit begründen. Diese vermeintliche Selbstverständlichkeit war bislang nicht verankert im deutschen Sexualstrafrecht.

Daher reichte eine verbale Ablehnung sexueller Handlungen durch das potentielle Opfer nicht aus. Doch in Zukunft ist der Wille des Opfers ausschlaggebend. Das bedeutet, dass die Strafbarkeit des Täters keine Gegenwehr des Opfers mehr voraussetzt. Das ist ein wichtiger Punkt, da die Gegenwehr oftmals mit nicht unerheblichen Risiken für das Opfer verbunden ist.

Doch die Änderungen betreffen auch weitere Tatbestände. So war bislang die sexuelle Belästigung nur dann unter Strafe gestellt, wenn sie am Arbeitsplatz erfolgte. Von nun an können auch solche Handlungen strafrechtlich geahndet werden, die bisher vom Gesetz als nicht erheblich eingestuft wurden, obwohl sie das Opfer sexuell belästigen. Die Rechtsprechung hat aufgrund der in § 184h Satz 1 Nr. 1 StGB normierten Erheblichkeitsschwelle entschieden, dass der flüchtige Griff an die Genitalien einer bekleideten Person sowie das Berühren im vaginalen Bereich über der Kleidung im Hinblick auf ihre Erheblichkeit nicht zwingend sexuelle Handlungen im Sinne des § 184h StGB darstellen. In Zukunft ist sichergestellt, dass derartige Fälle strafrechtlich zweifelsfrei erfasst werden können und „Grapscher“ auch bestraft werden – mit bis zu zwei Jahren Haft oder Geldstrafe. Dieser

Schritt ist notwendig, da das „Grapschen“ in der Vergangenheit zugenommen hat und eben kein „Kavaliersdelikt“ ist, sondern eine für das Opfer extrem unangenehme und verletzende Situation darstellt.

Und auch auf ein weiteres Phänomen reagiert die Gesetzesänderung: Straftaten, die aus der Gruppe heraus begangen werden, sind künftig unter dem § 184j explizit im StGB erfasst. Mit dieser Ergänzung soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Sexualstraftaten, die aus einer Gruppe heraus begangen werden, gefährlicher

sind, weil das Opfer eingeschüchtert wird und seine Verteidigungs- und Fluchtmöglichkeiten erheblich verringert sind.

Zwar stellt diese Reform des Strafrechts zweifelsohne eine wichtige Maßnahme dar, nur muss diese flankiert werden von weiteren Schritten. Essentiell sind konkrete Hilfsangebote und ausreichend Schutzräume für die Opfer. Ein positives Beispiel stellt [die Gewaltschutzambulanz der Berliner Charité](#) dar: Hier können sich Opfer von Gewalt anonym und kostenlos zur Beweissicherung untersuchen lassen. Somit wird den Opfern die

Möglichkeit gegeben, eine polizeiliche Anzeige auch noch zu einem späteren Zeitpunkt stellen zu können – und nicht im unmittelbaren Anschluss an die Tat. Dieses Berliner Projekt kann wegweisend auch für andere Teile der Republik sein.

Und auch Hilfsangebote, die präventiv wirken und die dazu beitragen, dass Straftaten möglicherweise gar nicht erst begangen werden, sollten deutlich gestärkt und ausgebaut werden.

Hannes Schneider studiert im Master Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle (Wittenberg) und ist seit September letzten Jahres wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestagsbüro von Mahmut Özdemir, MdB.

Meine Woche bei Mahmut Özdemir, MdB, in Berlin!

von Nils Menßen -

ehemaliger Duisburger Praktikant im Berliner Büro von Mahmut Özdemir, MdB

Es war schon lange mein Wunsch, ein Praktikum im Bundestag zu machen, nicht nur wegen meines Interesses an Politik, sondern auch um den Arbeitsalltag eines Bundestagabgeordneten kennenzulernen. Herrn Özdemir kannte ich bereits, da er mich im Jahr 2015 im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts Programm (PPP) des Deutschen Bundestages für ein Stipendium zu einem einjährigen USA-Aufenthalt ausgewählt hat. Freundlicherweise bot mir Herr Özdemir nach meiner Rückkehr aus den USA die Möglichkeit, ein Praktikum bei

ihm im SPD-Abgeordnetenbüro in Berlin zu absolvieren.

In der zweiten Woche der Herbstferien ging es endlich los. Da diese Woche eine Sitzungswoche war und somit der Parlamentsbetrieb sich in vollem Gange befand, konnte ich die Kombination aus Büroarbeit und der aktiven Arbeit im Bundestag sehr gut miterleben.

Am Montagmorgen wurde mir das Programm erläutert und die Büroarbeit sowie meine Aufgaben erklärt.

Zu diesen zählte zu meiner Freude bereits eine ganze Menge: Etwa, einen ebenfalls



Nils Menßen (links) zusammen mit dem Planspielteilnehmer Omar Chengafe (Mitte) und Mahmut Özdemir, MdB

aus Duisburg stammenden Teilnehmer des in Berlin stattfindenden Planspieles zu seiner Erfahrung zu befragen oder Bilder mit einer Besuchergruppe der Duisburger Jugendfeuerwehr zu machen.

Am Nachmittag waren wir bei einer Anhörung zum Thema Beamtenbesoldung, bei der Experten ihre Sicht der Dinge zu dem entsprechenden Gesetzentwurf schilderten. Am Dienstagmorgen waren wir bei der Arbeitsgruppe Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion. Dort wurden neben aktuellen Gesetzesentwürfen auch die kommende Sitzung des Innenausschusses sowie des Plenums des Deutschen Bundestages besprochen.

Am Mittwochmorgen trafen wir uns zur Sitzung des Innenausschusses. Dort wurde über einige Gesetze bzw. Gesetzesänderungen abgestimmt und über

aktuelle innenpolitische Entwicklungen berichtet und diskutiert. Es war sehr interessant, verschiedene Meinungen von Verantwortlichen und Experten zu hören so wie auch den Ablauf eines solchen Zusammenkommens unterschiedlicher Interessengruppen zu verfolgen.

Nachdem wir mit dem Büroteam von Herrn Özdemir essen waren, durfte ich an einem Gespräch mit Michael Roth, MdB und Staatsminister für Europa, teilnehmen. Gemeinsam mit anderen Praktikantinnen und Praktikanten diskutierten wir über die Zukunft Europas nach dem „Brexit“.

Den Donnerstag habe ich dann im Berliner Büro von Herrn Özdemir verbracht. Ich habe mich an dieser Stelle sehr gefreut, dass mir das Team vertraut und mir gleich anspruchsvolle Auf-

gaben gegeben hat – Post sortieren, telefonieren, Berichte schreiben usw.

Am Morgen meines letzten Tages konnte ich zwei Stunden lang die Plenarsitzung ansehen. Die Hauptthemen der Debatten waren Gesetzsvorschläge/-abstimmungen u.a. zu den Themen, die bereits auch am Mittwoch im Innenausschuss besprochen wurden. Der Besuch der Reichstagskuppel stellte einen krönenden Abschluss meiner Berliner Woche dar.

Herr Özdemir hat mich aktiv in die Arbeit eingebunden und mich zu allen Terminen und Veranstaltungen mitgenommen. Auf diese Weise habe ich in dieser Woche sehr viele Erfahrungen sammeln können. Ich habe aus der Zeit in Berlin definitiv viel Wissen über die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten wie auch des Deutschen Bundestages mitgenommen.

Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

20.06.2016	Michael Hack, Public Affairs JTI Japan Tobacco International
22.06.2016	Dieter Dewes, Bundesvorsitzender BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
11.07.2016	Hr. Krämers, Geschäftsführer; Fr. Bohlenz, Assistentin der Geschäftsführung Rhenus Fulfillment Solutions GmbH & Co. KG
01.09.2016	Arnd Krummen, Vorstandsmitglied; Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender Bezirk Bundespolizei GdP Gewerkschaft der Polizei
05.09.2016	Heiko Teggatz, 1. stellvertretender Bundesvorsitzender; Jürgen Zimmermann, Leiter Haushaltsfragen DPolG Deutsche Polizeigewerkschaft
19.10.2016	Hartmut Schönmeier, Vorsitzender Fachbereich Besoldung, Haushalt & Laufbahnrecht Deutscher Bundeswehrverband
14.11.2016	Peter Vogt, Andreas Kuchler, Dr. Christoph Herrmann Apotheker
28.11.2016	Julian Willms, Leiter Büro Berlin thyssenkrupp AG
03.01.2017	Dr. Holger Raphael, Klinikgeschäftsführer Helios Klinikum Duisburg
18.01.2017	Carsten Köppl, Leiter der Berliner Redaktion des Behörden Spiegel BehördenSpiegel
23.01.2017	Dr. Göttrick Wewer, Vice President E-Government bei der Deutsche Post Consult GmbH Deutsche Post
01.02.2017	Philipp Sternberg, Mitgliederverwaltung Deutscher Juristentag e.V.



Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier könnt ihr nachlesen, wie Euer MdB im Einzelnen abgestimmt hat.

26.01.2017	Ausbildungsunterstützung der Bundeswehr im Irak Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der Irakischen Streitkräfte -Drucksachen 18/10820 und 18/10968-	Ja
26.01.2017	Bundeswehreinsetzung in Mali (MINUSMA) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015) und 2295 (2016) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015 und 29. Juni 2016 -Drucksachen 18/10819 und 18/10967-	Ja
19.01.2017	Dragoner Areal dem Land Berlin zum Kauf anbieten Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Caren Lay, Dr. Gesine Löttsch, Halina Wawzyniak, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Dragoner-Areal dem Land Berlin zum Kauf anbieten - Drucksachen 18/9790 und 18/10658 -	Ja
19.01.2017	Rentenansprüche aus DDR-Beschäftigungszeiten (Krankenschwestern) Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Roland Claus, Matthias W. Birkwald, Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Keine Altersarmut von Ost-Krankenschwestern - Gerechte Renten für Beschäftigte im DDR-Gesundheits- und Sozialwesen schaffen - Drucksachen 18/8612 und 18/10779 -	Ja
19.01.2017	Rentenansprüche aus DDR-Beschäftigungszeiten (Bergleute) Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Roland Claus, Matthias W. Birkwald, Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Keine Kumpel zweiter Klasse - Rentenansprüche der Bergleute aus der DDR-Braunkohleveredelung wahren - Drucksachen 18/7903 und 18/10779 -	Ja

15.12.2016	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung</p> <p>Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung</p> <p>Drs. 18/9958 und 18/10655</p>	Ja
15.12.2016	<p>Beschlussempfehlung Bundeswehreinsatz in Afghanistan</p> <p>Beschlussempfehlung des Auswärtigen Amtes (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan</p> <p>- Drucksachen 18/10347 und 18/10638 (neu) –</p>	Ja
15.12.2016	<p>Beschlussempfehlung zu Bundeswehreinsatz in Südsudan</p> <p>Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolution 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und Folgeresolutionen, zuletzt 2304 (2016) vom 12. August 2016 –</p> <p>Drucksachen 18/10188 und 18/10547 -</p>	Ja
15.12.2016	<p>Beschlussempfehlung Bundeswehreinsatz in Darfur (UNAMID)</p> <p>Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybridoperation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und folgender Resolutionen, zuletzt 2296 (2016) vom 29. Juni 2016</p> <p>Drs. 18/10189 und 18/10549</p>	Ja
15.12.2016	<p>Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung</p> <p>Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</p> <p>Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung Drs. 18/10469 und 18/10671</p>	Ja
01.12.2016	<p>Seefischereigesetz</p> <p>Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Seefischereigesetzes Drs. 18/9466 und 18/10496</p>	Ja
01.12.2016	<p>Ermittlung von Regelbedarfen</p> <p>Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch - Drucksachen 18/9984, 18/10349 und 18/10519 –</p>	Ja
25.11.2016	<p>Haushaltsgesetz 2017</p> <p>Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)</p> <p>Drucksache 18/9200, 18/9202, 18/9802, 18/9805, 18/9806, 18/9807, 18/9808, 18/9809, 18/9810, 18/9811, 18/9812, 18/9813, 18/9814, 18/9815, 18/9816, 18/9821, 18/9822, 18/9823, 18/9824, 18/9825, 18/9826</p>	n.t.*

23.11.2016	Beschlussempfehlung zu Etat Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	Ja
	<p>Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)</p> <p>hier: Einzelplan 04 Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes Drs. 18/9200, 18/9202, 18/9824 und 18/9825</p>	
11.11.2016	Gesetzentwurf zur 4. Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften	Nein
	<p>Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften</p> <p>Drs. 18/8034, 18/8333, 18/10056, 18/10280</p>	
10.11.2016	Bundeswehreinsatz gegen die Terrororganisation IS	Ja
	<p>Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung und Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union und den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie des Beschlusses der Staats- und Regierungschefs vom NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016.</p> <p>Drs. 18/9960, 18/10244</p>	
10.11.2016	Beschlussempfehlung zu Brennelementsteuer	Ja
	<p>Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. Keine Steuerbefreiung für Atomkraftwerke - Die Brennelementesteuer muss bleiben</p> <p>Drs. 18/9124, 18/10094</p>	
09.11.2016	Änderungsantrag der Abgeordneten Uwe Schummer, Ulla Schmidt, Kathrin Vogler, Kordula Schulz-Ache, weitere Abgeordnete aller Fraktionen zur 4. Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften	Ja
	<p>Änderungsantrag der Abgeordneten Uwe Schummer, Ulla Schmidt, Katrin Vogler, Kordula Schulz-Asche, weiterer Abgeordneter aller Fraktionen zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften</p> <p>Drs. 18/8034, 18/8333, 18/8461 Nr. 1.5, 18/10056 und 18/10233</p>	
09.11.2016	Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein, Dr. Karl Lauterbach, Maria Michalk, Hermann Gröhe, Ingrid Fischbach, Annette Widmann-Mauz und Rudolf Henke zur 4. Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften	Nein
	<p>Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein, Dr. Karl Lauterbach, Maria Michalk, Hermann Gröhe, Ingrid Fischbach, Annette Widmann-Mauz und Rudolf Henke zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften</p> <p>Drs. 18/8034, 18/8333, 18/8461 Nr. 1.5, 18/10056, 18/10235</p>	
09.11.2016	Änderungsantrag der Abgeordneten Hilde Mattheis und Sabine Dittmar zur 4. Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften	Nein
	<p>Änderungsantrag der Abgeordneten Hilde Mattheis und Sabine Dittmar zur der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften</p> <p>Drs. 18/8034, 18/8333, 18/8461 Nr. 1.5, 18/10056, 18/10234</p>	

29.09.2016	Bundeswehreinsetzung SEA GUARDIAN im Mittelmeer Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer Drs. 18/9632, 18/9793	Ja
29.09.2016	Privatisierung von Bundesliegenschaften stoppen Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Heidrun Bluhm, Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke: Privatisierung von Bundesliegenschaften stoppen - Liegenschaftspolitik des Bundes nachhaltig reformieren Drs. 18/4419, 18/6686	Ja
29.09.2016	Mieterinnen und Mieter besser schützen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Caren Lay, Herbert Behrens, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke: Mieterinnen und Mieter besser schützen - Zweite Mietrechtsnovelle vorlegen Drs. 18/8863, 18/9696	Ja
22.09.2016	CETA – Antrag Bündnis 90/ Die Grünen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung - im Namen der Europäischen Union - des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits KOM (2016) 444 endg.; Ratsdok. 10968/16 und zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die vorläufige Anwendung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits KOM (2016) 470 endg.; Ratsdok. 10969/16 hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) ablehnen Drs. 18/9621	Nein
22.09.2016	CETA – Antrag CDU/CSU, SPD Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung - im Namen der Europäischen Union - des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits KOM (2016) 444 endg.; Ratsdok. 10968/16 und zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die vorläufige Anwendung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits KOM (2016) 470 endg.; Ratsdok. 10969/16 hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 8 Absatz 4 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) - Für freien und fairen Handel Drucksache 18/9663	Ja
22.09.2016	CETA – Antrag Die Linke Antrag der Fraktion die Linke zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung im Namen der Europäischen Union des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten andererseits KOM (2016) 444 und zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die vorläufige Anwendung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits KOM (2016) 470 Drs. 18/9665	Nein

*Entschuldigt aufgrund des Unterbezirksparteitages am 25.11.2016 in Duisburg.

Kinderrechte spielerisch erleben

Der Duisburger Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir feierte den Aktionstag Kinderrechte und den Bundesweiten Vorlesestag in Baerl und Bruckhausen.

Der 18. November 2016 stand für den SPD-Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir ganz im Zeichen der kleinen Mitbürger Duisburgs. Wie auch in den Jahren zuvor beteiligte sich der SPD-Politiker am „Aktionstag Kinderrechte“, an dem UNICEF an die Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention am 20. November 1989 erinnert. Auf Einladung der Schulleiterin Nicole Wardenbach besuchte der Abgeordnete die Evangelische Grundschule Waldstraße, wo er in der Aula der Schule von den mit vielen Fragen vorbereiteten Schülern der dritten und vierten Klassen erwartet wurde. Diese stellten ihm vielseitige Fragen zu seinem Beruf als Politiker, aber auch zu den ihnen zustehenden Kinderrechten. Im Anschluss an das Gespräch begeisterten die Kinder ihren Gast mit der Aufführung eines einstudierten „Kinderrechte-Rap“. Özdemir nahm als Geschenk und Erinnerung selbstgemalte Karten mit und versprach, diese in Duisburg und Berlin auf dem Schreibtisch aufzustellen.

Özdemir: „Ich bin von den Fragen der Kinder sehr beeindruckt gewesen. Es ist schön, wenn nicht nur die Erwachsenen untereinander über Kinderrechte reden. Für ihr Heranwachsen ist es von großer Bedeutung, dass



v.l.n.r. Mahmut Özdemir MdB, Cornelia Beck (Unicef), Gabriele Lützenkirchen-Modro (Schulrätin), Stephan Wedding (Fraktion junges Duisburg), Hans-Joachim Paschmann (Bezirksbürgermeister), Nicole Wardenbach (Schulleiterin), Andreas Klumb (Gemeindepfarrer)

die Kinder selbst die Mündigkeit lernen, sich mit ihren Rechten zu beschäftigen und dass sie sich kritisch mit dem Handeln der Erwachsenen auseinandersetzen.“

Der zweite Besuchstermin an diesem Bundesweiten Vorlesestag führte den Politiker in die Städtische Kindertageseinrichtung Dieselstraße. Die Kinder lauschten gebannt den Erzählungen ihres Vorlesers. Der Abgeordnete hatte sichtlich viel Freude dabei, den kleinen Zuhörern von den Abenteuern der Maus „Frederick“ zu erzählen. Im Anschluss erfolgte die feierliche Übergabe von Urkunden an

die Teilnehmer des Vorlesetages.

Özdemir: „Ich habe mir ganz bewusst die Zeit genommen, weil ich davon überzeugt bin, dass durch Vorlesen bei Kindern der Spaß am Lesen geweckt wird.“

Dies ist eine wichtige Voraussetzung für ihren zukünftigen Bildungsweg. Mir hat die Aktion sehr viel Spaß gemacht. Ich habe neue Kinderbücher und tolle Geschichten kennen gelernt. Vielen Dank an die Einrichtung, insbesondere an die Leiterin, Eva Haasler, für diese wunderbare Gelegenheit. Ich freue mich bereits auf den nächsten Vorlesestag!“

Steuergerechtigkeit herstellen - Faire Besteuerung von Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwohls

„Steuergerechtigkeit in Deutschland – Brauchen wir eine Vermögensteuer?“ lautete das Thema des Veranstaltungsformats „Fraktion vor Ort“ am 15.09.2016 im Duisburger Ratskeller Hamborn, zu der die Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir interessierte Duisburger eingeladen hatten, um in einer lebhaften Diskussion über die Steuergerechtigkeit zu diskutieren.

Die aufmerksamen Einwohnerinnen und Einwohner wurden zunächst von Mahmut Özdemir (MdB), Mitglied im Innenausschuss und im Unterausschuss Kommunales des Bundestages, begrüßt und kurz in das Thema eingeführt. Anschließend konnte Joachim Poß (MdB), Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU, zuständig für europäische Steuerpolitik sowie für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, nach umfassendem Impulsvortrag eine spannende Publikumsdiskussion eröffnen, in der die unterschiedlichen Sichtweisen aus steuerlicher und gesellschaftlicher Sicht zu Tage kamen.

Klar ist, dass ein handlungsfähiger Staat für eine gelungene politische Gestaltung ausreichende und verlässliche Einnahmen braucht. Dabei gilt:



(v.l.n.r.) Bärbel Bas (MdB), Joachim Poß (MdB), Mahmut Özdemir (MdB)

Starke Schultern müssen bei der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben mehr leisten als schwache Schultern. Reiche und Vermögende sollen nicht von staatlichen Leistungen profitieren, während sie sich nicht bei der Finanzierung des Gemeinwohls mit angemessenen Kräften beteiligen. Joachim Poß (MdB) sagt: „Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, brauchen wir u.a. eine zielgerichtete Vermögensbesteuerung. Denn auch unsere Verfassung verlangt, dass die Steuerpflichtigen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt werden. Zudem

muss das Schattenreich der Superreichen und Korrupten, das sich in den Steueroasen mit Briefkastenfirmen gebildet hat, aufgelöst werden.“

Die Vermögen in Deutschland sind nach jüngsten Erhebungen ungleich verteilt in Deutschland. Das reichste 1 Prozent der Bevölkerung besitzt 32 Prozent des gesamten Vermögens; die reichsten 0,1 Prozent besitzen 16 Prozent. Hier ist die Politik gefragt, dieser Zementierung entgegenzuwirken. Deshalb setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine größere Steuergerechtigkeit ein. Hierzu führt Mahmut Özdemir (MdB) aus:

„Während die Lohn- und Einkommensteuer rund 220 Milliarden Euro jährlich in den Steuersäckel einbringen, bringt die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge nur knappe 25 Milliarden Euro. Die Steuersenkungsdebatte ist aus meiner Sicht für Geldmarktgeschäfte daher gestrichen. Die Besteuerung von Erwerbsarbeit und Gewinnen aus Geldgeschäften muss endlich gleichermaßen gerecht erfolgen.“

Die ehemalige, deutlich balanciertere Steuerpolitik ist in den

zurückliegenden Jahrzehnten in der Umverteilungsfunktion stark eingeschränkt worden: Die Privilegierung von Kapitaleinkommen durch die Abgeltungsteuer sowie von großen Betriebsvermögen im Rahmen der Erbschaftssteuer, die damalige Aussetzung der Vermögensteuer sowie zahlreiche Steuerbegünstigungen für Vermögende und Bezieher hoher Einkommen haben zu einer Situation geführt, die einen akuten Handlungsbedarf erfordert. Die Belastungsgerechtigkeit muss

wiederhergestellt werden. Diesbezüglich äußerte sich auch Bärbel Bas (MdB), Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion: „Die Vermögen in Deutschland sind viel zu ungleich verteilt. Wir brauchen wieder eine Steuerpolitik, auch um kleine und mittlere Einkommen stärker entlasten zu können.“

Insgesamt blicken die Abgeordneten auf eine vielseitige und anregende Diskussion zurück.

Özdemir on Tour

Eindrücke aus den Terminen des Abgeordneten Mahmut Özdemir, MdB

02.02.2017

Mahmut Özdemir zu Besuch am Herrmann-Gmeiner Berufskolleg. Die Schülerinnen und Schüler empfingen den Duisburger Politiker mit breitgefächerten Fragen, die von Migrationspolitik der letzten Jahre bis hin zur Chancengleichheit in Deutschland reichten. Mahmut Özdemir brachte in der Diskussionsrunde seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die SPD als Partei der Arbeiter schon immer dafür gekämpft hat, dass der soziale Aufstieg nur vom eigenen Willen und nicht von begrenzten finanziellen Möglichkeiten abhängen darf.





25.01.2017

Mahmut Özdemir mit seiner Duisburger Kollegin Bärbel Bas und Aydan Özoguz, Staatsministerin und Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration bei der Fachkonferenz „Muslime in Deutschland - Wege zur gerechten Teilhabe“ der SPD-Bundestagsfraktion.

Dank der geladenen Gäste - hier zu sehen Ünsal Baser, Gewerkschafter und Betriebsratsmitglied bei Hüttenwerke Krupp Mannesmann, Sümeyye Kilinc und Atila Ülger, Mitbegründer des Arbeitskreises muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (von links nach rechts) - und den regen Debatten in insgesamt fünf Diskussionsforen wurde die Veranstaltung ein voller Erfolg.



05.01.2017

Mahmut Özdemir beim Empfang der Schornsteinfeger im Duisburger Rathaus. Mahmut Özdemir freut sich sichtlich über so viel Glück auf einmal! Für ihn steht nach dem Termin fest: Das Handwerk der Schornsteinfeger muss öffentlich geschützt werden! Privatisierung darf kein Thema sein.

12.12.2016

Mahmut Özdemir nahm mit anderen Duisburger Politikern an der Mahnwache der Eisenbahn- und Verkehrsgesellschaft (EVG) mitsamt der DB Cargo Belegschaft teil. Die Botschaft war klar: Wir stehen solidarisch an eurer Seite und werden auch weiterhin klare Kante für Duisburg als Standort von DB Cargo zeigen!





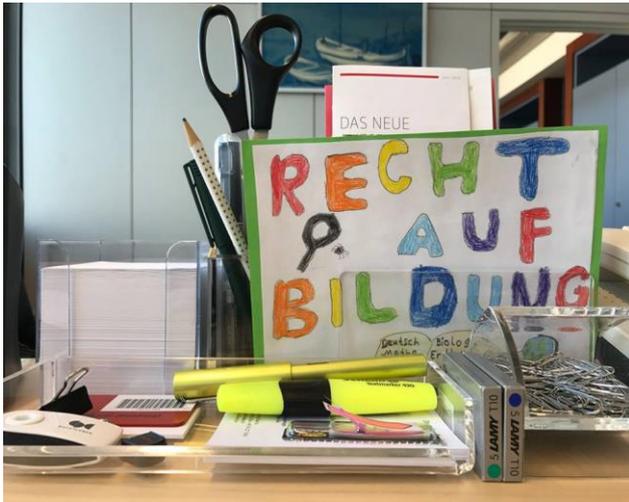
15.12.2016

Mahmut Özdemir und Bärbel Bas trafen Frank-Walter Steinmeier am Rande einer Namentlichen Abstimmung vor dem Plenarsaal. Die Stimmen unserer beiden Duisburger Abgeordneten zur Wahl des Bundespräsidenten im Februar hat unser bisheriger Außenminister sicher!

30.11.2016

Mahmut Özdemir nahm an der Einweihung des neuen Kunstrasenplatzes des VfB Homberg teil. Auf dem Foto ist der Duisburger Abgeordnete mit Thomas Bungert, Vorsitzender des VfB Homberg, dem Bezirksbürgermeister Hans-Joachim Paschmann und Rainer Bischoff, MdL (von links nach rechts) zu sehen. Danke an all die Menschen, deren Engagement den neuen Kunstrasenplatz möglich gemacht hat!





28.11.2016

Mahmut Özdemir unterstützte den Aktionstag „Kinderrechte“ von UNICEF. Die Kinder der evangelischen Grundschule Waldstraße malten dem Duisburger Abgeordneten bunte Karten zu ihren Kinderrechten und gaben ihm diese mit, um sie in seinen beiden Büros in Duisburg und Berlin aufzustellen. Dieses Versprechen wurde natürlich auch eingehalten!





25.11.2016

Auch dieses Jahr treten Mahmut Özdemir und Bärbel Bas für Duisburg zur Bundestagswahl 2017 an! Auf geht's in den Wahlkampf! Links im Bild Mahmut Özdemir am Telefon nach einem langen, aber sehr erfolgreichen Abend des Unterbezirksparteitages, wo er sich erneut die Unterstützung als Kandidat zur Bundestagswahl 2017 sichern konnte.

16.11.2016

Im Rahmen der landesweiten „Woche des Respekts“ hat Mahmut Özdemir gemeinsam mit Carina Gödecke, der Präsidentin des Landtags von Nordrhein-Westfalen, und dem Duisburger Bürgermeister Manfred Osenger das Robert-Bosch-Berufskolleg besucht. Ganz im Zeichen des gegenseitigen Respekts standen die dort zur Schau gestellten Ausstellungen, die Mahmut Özdemir sehr beeindruckt haben.





10.11.2016

Wie sieht die Zukunft der Schiene aus? Auf diese Frage suchte Mahmut Özdemir, hier zu sehen mit Michelle Mauritz von der EVG-Jugend, gemeinsam mit Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion und seinen Gästen Antworten auf dem „Schienengipfel“.

Auch Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, der NRW-Verkehrsminister Michael Groschek sowie Bruno Sagurna und Stefan Kibbas der DB Cargo nahmen an der Veranstaltung teil und diskutierten mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei einer Podiumsdiskussion über „Die Schiene im Wettbewerb“.

Mahmut Özdemir stellt abschließend fest: „Im Dialog mit allen Beteiligten erarbeitet die SPD-Bundestagsfraktion ein Konzept zur Zukunft der Schiene. Dazu hat dieser Schienengipfel einen wichtigen Beitrag geleistet“. Im Bild zu sehen von links nach rechts: Michelle Mauritz (EVG-Jugend), Mahmut Özdemir, MdB, Bruno Sagurna und Stefan Kibbas (beide DB Cargo).

07.11.2016

Vor der öffentlichen Anhörung in Berlin zum Luftsicherheitsgesetz traf Mahmut Özdemir den Sachverständigen Prof. Dr. Frank Bätge und den stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Radek. Für Mahmut Özdemir steht fest: „Die Luftsicherheit muss in Zukunft wieder staatlich kontrolliert werden“.



18.10.2016

Mahmut Özdemir freute sich sehr über den Besuch der Jugendfeuerwehr Duisburg in Berlin. Anlässlich des Treffens ergab sich für Mahmut Özdemir die Möglichkeit, über die Wichtigkeit von Jugendorganisationen in unserer Gesellschaft zu sprechen. Die Förderung sozialen Engagements spielt für Mahmut Özdemir eine große Rolle. Neben interessanten Gesprächen hatten die Besucher auch die Gelegenheit, gemeinsam mit dem Abgeordneten die Reichstagskuppel zu besichtigen.



13.09.2016

Nach langem, schlussendlich vergeblichem Kampf um die Papierfabrik Walsum wird nun deren ehemaliges Gelände zum Logistikzentrum der Duisburger Hafen AG. Somit werden an gleicher Stelle wieder Arbeitsplätze geschaffen. Darüber freuen sich v.l.n.r. NRW-Bauminister Michael Groschek, Mahmut Özdemir und Erich Staake, Vorstandsvorsitzender der Duisburger Hafen AG.

13.09.2016

Hochheide bewegt sich! Die Marktschule wird abgerissen - es entsteht ein modernes Ärztehaus durch die Investition von Dr. Tasci und Herrn Öremis. Den Abrisshammer haben sie gemeinsam mit Mahmut Özdemir, MdB, dem Duisburger Oberbürgermeister Sören Link sowie dem Bezirksbürgermeister Hans-Joachim Paschmann geschwungen.



28.08.2016

Aktienübergabe von der Bürgerstiftung Duisburg! Hier zu sehen Mahmut Özdemir mit dem Geschäftsführer Jörg Löbe. Vielen Dank für den Besuch und das Überbringen!





Die Teilnehmer der BPA-Fahrt im Oktober 2016 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages.

Bericht von den BPA-Fahrten im August und Oktober 2016

Mehrmals im Jahr erhalten Mitglieder des Bundestages die Möglichkeit, politisch interessierte Menschen aus ihrem Wahlkreis mit nach Berlin zu nehmen und diesen ihre Arbeit des Bundestages nahezubringen. Veranstalter ist das Bundespresseamt (BPA).

Seit der letzten Ausgabe der Ma(c)h(t)mut hat es gleich zwei Delegationen aus unserem schönen Duisburg nach Berlin verschlagen. Und während die eine Gruppe die Hauptstadt bei bestem Wetter im Hochsommer auffand, zog es die zweite

Gruppe zu einem besonders geschichtsträchtigen Tag nach Berlin, dem diesjährigen Tag der Deutschen Einheit.

Zu den Besuchern der ersten BPA-Fahrt, die vom 24. bis zum 27. August 2016 stattfand,

zählte u.a. auch die Duisburger Werkkiste, die sich vor allem in verschiedenen berufsbegleitenden und weiteren sozialen Projekten engagiert. Auf die Teilnehmer wartete eine Reise quer durch die Bundespolitik mit so manch einem Blick hinter die

Kulissen des politischen „Zirkus“. So waren die Besuche im Bundesverteidigungsministe-

Duisburger zu Duisburger. Themen der Diskussion waren die soziale Bildungsgerechtigkeit

durchsetzen konnte, waren ein zentraler Bestandteil dieses Gesprächs.



Mahmut Özdemir im August 2016 mit seinen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der BPA-Fahrt auf der Fraktionsebene.

rium und dem Bundestagsgebäude mitsamt des Plenarsaals ein großes Highlight. Interessant war auch der Besuch des Berliner Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“.

Die anschließende Stadtrundfahrt durch Berlin bei schönstem Sonnenschein war genau das Richtige, um die vielen spannenden Eindrücke ein wenig sacken zu lassen!

Am dritten Tag empfing Mahmut Özdemir, MdB, die Besuchergruppe im Fraktionsvorstandssaal der SPD-Bundestagsfraktion. Es entwickelte sich schnell ein angeregtes Gespräch von

und Chancengleichheit in Deutschland sowie das Engagement gegen Rechts.

Auch bei der Anfang Oktober angereisten Gruppe gab es ein buntes Programm. So stand ein Besuch im Bundesverkehrsministerium und im Bundeskanzleramt auf dem Plan. Der Besuch der Ausstellung „Alltag in der DDR“ war vor dem Hintergrund des Tags der Deutschen Einheit besonders eindrucksvoll. Und natürlich empfing Mahmut Özdemir, MdB, auch diese Gruppe zu einem Gespräch im Marie-Juchacz-Saal. Die finanziellen Verbesserungen für Duisburg, die die SPD-Bundestagsfraktion erfolgreich

Natürlich war auch die Flüchtlingspolitik eines der angesprochenen Themen. Özdemir stellte klar, dass wir den Herausforderungen durchaus gewachsen sind. Allerdings müsse das Kanzleramt deutlich mehr Sorge dafür tragen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gut ausgestattet und strukturiert ist.

Diese drei Tage voller politischer Erlebnisse in der Hauptstadt ließen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am letzten Tag bei Pizza und Pasta ausklingen, bevor es dann mit dem ICE zurück ging in unsere schöne Heimat Duisburg.